

# Sächsische Zeitung

1908. Nr. 486.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 201.

Druckerei für Halle a. S. Verleger: J. B. Metzger & Co. Halle a. S. Druckerei für Halle a. S. Verleger: J. B. Metzger & Co. Halle a. S.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren: 1. halbjährliche Belegblätter oder deren Raum 1. Halle u. den Stadterteil 20 Pf., außerhalb 30 Pf. Resten am Ende des betreffenden Monats die Stelle 10 Pf. Einzelne Anzeigen 2. Uhrzeit in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditoren.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Straßenaussatz. Telefon 158; Redaktions-Telefon 1272. Eing. C. Braunauer. Eigentümer: Dr. Walter Gebhardt in Halle a. S.

Donnerstag, 15. Oktober 1908.

Geschäftsstelle in Berlin: Poststraße 14. Telefon Amt VI Nr. 11 494. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

## Nur Reichsfinanzreform

schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: Die Erörterungen, welche die Probleme der Reichsfinanzreform während der letzten Wochen in der Öffentlichkeit gefunden haben, lassen in erfreulicher Weise erkennen, daß sich die Ueberzeugung immer mehr Bahn bricht, die Deckung des vorliegenden Bedarfs immer mehr ausschließlich durch die Besteuerung des Konsums und nicht durch die Besteuerung des Vermögens erfolgen, sondern nur durch eine Heranziehung beider Gruppen von Steuerquellen möglich. Auch über die Form der Heranziehung des Vermögens scheint man von den äusseren Kreisen absteht, eine Klärung in der Richtung sich zu vollziehen, daß eine Einkommensteuer von Reichswegen außer Frage zu stellen hat. So sprechen sich die Erörterungen über die Beteiligung des Vermögens darin zu, ob eine allgemeine Nachlasssteuer oder eine alljährlich zu entrichtende Vermögenssteuer der gangbarere Weg sein wird. Dabei haben sich auch Teilungen der mittleren und rechten Parteien in Gunsten einer Vermögenssteuer ausgesprochen, wobei die dahingelassen, ob das Reich die Steuer selbst erheben oder nur gewisse Normen für die Erhebung durch die Bundesstaaten festsetzen oder etwa die Erhebung von Zuschlägen zur Landesvermögenssteuer für Reichszwecke vorschreiben solle. Die verbündeten Regierungen haben wiederholt und bestimmt darauf hingewiesen, daß die Vermögenssteuer und deren Ausbau für die Bedürfnisse der einzelnen Bundesstaaten unentbehrlich sei, und daß Eingriffe in die Art ihrer Veranlagung oder Erhebung von Seiten des Reichs mit der finanziellen Selbstständigkeit der Bundesstaaten unvereinbar wären.

Es liegt nicht der mindeste Grund zu der Annahme vor, daß irgend welche Veränderung dieses Standpunktes bei den Bundesregierungen eingetreten oder zu erwarten ist. Einigen der neuerlich beigebrachten Vorschläge scheint der Gedanke zu Grunde zu liegen, daß die als Ersatz für die allgemeine Nachlasssteuer gedachte Reichsvermögenssteuer unter Umständen von den Bundesstaaten nach eigenem Ermessen aufzubringen sei. Dies würde also auf eine Erhöhung der Matrularbeiträge hinauskommen. Nun ist zuzugeden, daß eine Erhöhung der Matrularbeiträge tatsächlich wie eine Belastung des Vermögens wirkt, und in möglichen Grenzen mag eine solche Erhöhung noch möglich sein. Daß aber ein so erheblicher Betrag, wie er zum Ersatz für die allgemeine Nachlasssteuer in ihrem ganzen Betrage oder auch nur zu einem wesentlichen Teile — erforderlich wäre, in der Form der Matrularbeiträge auf die Schultern der Bundesstaaten gelegt werden könnte, ohne ihre Leistungsfähigkeit zu überlasten, ist völlig ausgeschlossen.

Somit steht für die Heranziehung des Vermögens neben einer vielleicht möglichen mäßigen Erhöhung der Matrularbeiträge bei der Neuordnung der Reichsfinanz eine andere Form als die allgemeine Nachlasssteuer nicht zur Verfügung. Der Gedanke sei ganz oder teilweise durch eine Vermögenssteuer zu ersetzen, hat keine Aussicht auf Erfolg.

## Die Lage auf dem Balkan.

Griechenland und die Türkei. Die in einigen Blättern verbreiteten Gerüchte, denen zufolge Griechenland der Türkei versprochen habe, die Bildung von Banden in Makedonien, die das bulgarische Element in Schach halten sollten, zu begünstigen, werden in Athen bestimmt dementiert.

Die Türkei und Oesterreich-Ungarn. Der österreichisch-ungarische Botschafter in Konstantinopel hat namens seiner Regierung wegen der Konfliktierung der Dampfer des Oesterreichischen Lloyd beim Großwesir erste Schritte getan. Der Großwesir verspricht, dem Botschafter für Konstantinopel und dem Minister des Innern für die Provinz die nötigen Bewilligungen zu geben.

Aus Serbien. Der Minister des Aeußeren wird sich nach Berlin, London, Paris und Rom begeben, um über die Angelegenheiten im Orient zu unterhandeln. — Der Führer der Oppositionspartei Kostofski wird im Einverständnis mit der Regierung nach Belgrad zurückkehren.

Die Rückkehr auswärts. Blätter, daß zwischen dem König und dem Kronprinzen Mißverständnisse bestehen, sind, wie von zuverlässiger Seite erklärt wird, vollständig erfinden. Dem König und dem Kronprinzen werden entbehrliche Stundenstunden von der Bevölkerung dargebracht, die nach wie vor gegen die Angliederung Bosniens und der Herzegovina protestieren.

Die ordentliche Session der Sclupstina ist am Mittwoch durch förmlichen Ullas eröffnet worden. Auf ihr Begrüßungsrede am die montenegrinische Sclupstina erhielt die serbische Sclupstina ein Antwortschreiben, in welchem diese in begeisterten Worten ihren Dank für die brüderlichen Grüße ausdrückt. Die Zeit sei gekommen, daß Serbien und Montenegro gemeinsam die Fahne zur Verteidigung ihrer Ideale erheben müßten.

Aus Montenegro. Der italienische Gesandte in Cetinje, der auf Urlaub war, ist von seiner Regierung beurlaubt worden, um zeitweilig nach Cetinje zurückzukehren, und bereits dort wieder eingetroffen. Auch der griechische diplomatische Agent ist nach Cetinje zurückgekehrt. — Am 13. c. fanden vor der serbischen Gesandtschaft in Cetinje große Sympathieübungen.

Die Solidarität der Serben hat, im ganzen Lande werden die Ueberlieferungen fortgesetzt, die Resolutionen an die Regierung abzugeben, in denen diese zu fortdauerender Unterstützung zur Wahrung der Interessen Montenegros und der serbischen Nation aufgefördert wird. — Die

außerordentliche Session der Sclupstina ist am Dienstag geschlossen worden.

Die neuen Bewilligungen. Berlin, 14. Oktober. Reichsanwalt Fürtz von Wälow empfing im Laufe des heutigen Tages die Botschafter der Türkei, Japans und Englands und konferierte mit ihnen über die politischen Tagesfragen. Wie wir hören, dürfen sich hieran Empfänge auch anderer Vertreter der auswärtigen Mächte anschließen. Gestern hatte der Kaiser eine längere Unterredung mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter. Sie ergab im wesentlichen volles Einverständnis über den Zustand der Staatsmänner in allen Fragen der auswärtigen Politik.

Smyna, 14. Okt. An der Küste Kleinasiens gegenüber der Insel Rhodus sind sechs englische Kreuzer eingetroffen.

London, 14. Okt. Der deutsche Botschafter Graf Wolff-Meternich sowie der türkische, der italienische Botschafter und der griechische Gesandte hatten heute Gespräche mit dem russischen Botschafter. Die russischen Botschafter hatten heute wiederum eine längere Unterredung mit Graf.

Sofia, 14. Oktober. Gestern und heute beriet der Ministerat über die Angelegenheit der Orientbahn. Wie in Regierungskreisen berichtet wird, ist die Regierung geneigt, die materiellen Forderungen der Bahngesellschaft vollkommen zu befriedigen. Die baldige Klärung der Frage dürfte jedoch daran scheitern, daß zu ihrer Regelung die Zustimmung der Porte erforderlich ist, welche aber gegenwärtig schwer erreichbar ist.

## Deutsches Reich.

Reichsfinanzreform und Bürgerliches Gesetzbuch. Die Bundesratsauschüsse für die Beratung der Reichsfinanzreform haben sich nach dem „Tag“ in der verflochtenen Woche in erster Sitzung mit einem Entwurf betreffend Änderungen der Erbrechtsbestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu beschäftigen gehabt. Diese Änderungen seien insbesondere notwendig geworden durch die geplante Verdrückung der Bambergerischen Vorschläge, monoch testamentarische Hinterlassenschaften von einem gewissen Verwandtschaftsgrade ab dem Reichsfinanzreform anheimzufallen. Im allgemeinen haben die Verhandlungen zu einer grundsätzlichen Einigung geführt, jedoch sei die Frage noch offen geblieben, von welchem Verwandtschaftsgrade ab das Erbrecht des Reichsfinanzreform beginnen soll und ob für Testamentarische zugunsten von Verwandten, die mangels eines Testaments nach der Neuordnung des Erbrechts leer ausgehen würden, eine Steuer und in welchen Abstufungen diese Steuer erhoben werden soll.

Bei der Reichstags-Erweiterung Preuzlan-Angeminderter erhielt Oberpräsident von Winterfeldt, Potsdam (konserv.) 10 892, Bahor Schmidt-Nowoj (liberal) 2694, Parteiführer Otto Wels-Berlin (Soz.) 2892 Stimmen. Die Ergebnisse von einigen Kreisen stehen noch aus.

Die Revision der Bremer Verbrechenvereinbarung. Im Verlauf der gestrigen Sitzung der zweiten internationalen Konferenz zur Revision der Bremer Verbrechenvereinbarung wurden von Vertretern von Nichtvertragsstaaten folgende Erklärungen abgegeben. Staatsrat von Doulzoff erklärte für Rußland, daß die russische Regierung die Zeit für gekommen halte, wo die Völkergesetzgebung international geregelt werden müsse. Deshalb habe sie Delegierte zur Konferenz entsandt, um den Anschlag Rußlands an die Union zu erleichtern. Für Argentinien führte Dr. Campbell aus, daß er keine Regierung über den Gang der Verhandlungen berichten werde, damit sie die Widen der argentinischen Völkergesetzgebung ausfüllen könne. Dr. van Billewische gab die Erklärung aus, daß die öffentliche Meinung in den Niederlanden über den Anschlag an die Union noch geteilt sei, aber es möge sich ein Umschlag zu Gunsten des Anschlusses bemerkbar. An den Generalstaaten habe man sogar einen dahingehenden Vorschlag unterbreitet und, wenn dieser noch nicht angenommen sei, so habe dies seinen Grund lediglich darin, daß man erst die Ergebnisse der gegenwärtigen Konferenz abwarten wolle. Der griechische Gesandte Rangabe erklärte, Griechenland habe sich zwar nicht zum Beitritt zur Union entschlossen, die zwischenstaatlichen Verhandlungen der Regierung jedoch einen erheblichen Beistand leisten, damit die griechische Völkergesetzgebung mit den Beschlüssen der Konferenz in Einklang gebracht werden könne, um so einen endgültigen Anschluß Griechenlands an die Union vorzubereiten. Bei der Substanz des Völkergesetzes, die sich augenblicklich in Griechenland vollziehe, werde man die Beschlüsse der Konferenz berücksichtigen.

Prinz Heinrich von Preußen ist Mittwoch abend in Hannover einetroffen.

Ein lebhafte Kandidat für den Posener Erzbischofsstuhl erhebt sich auf dem Platze. Katholischer Blätter sprechen zugeht von einer Kandidatur Bischof von England für die bischöfliche Domäne. Gerüchte dieser Art seien seit dem letzten Oktoberabend in Mäh aufgetaucht, ohne daß es bisher möglich gewesen wäre, sie auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Das sieht gerade so aus, als sei Herr Benschler selbst ein Domizilwechsel erwünscht, so daß er für eine Kandidatur dieses seines Bundes durch die ihm ergebene Presse Sorge trug. In Regierungskreisen kann der Gedanke kaum entfallen sein, diesem Kandidaten, der als Bischof von Mäh das in ihr gesetzte Vertrauen so

schwer entäußert, den so viel wichtigeren Posten von Polen-Groß zu übertragen.

Die deutsche Güterwagen-Gemeinschaft. In Wiesbaden tagt zugeht eine Güterwagen-Konferenz von Vertretern Preußens, Sächsis, Württembergs und Baden. Die Besprechungen sind unter dem Vorsitz des Reichsanwalts Fürtz und des Reichsanwalts Fürtz und des Reichsanwalts Fürtz. Die Verhandlungen betreffen die deutsche Güterwagen-Gemeinschaft. Ihr Abschluß soll nun endgültig gefestigt sein.

## Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Der Marineausflug der ungarischen Delegation hat nach kurzer Debatte das gestimmte Marinebudget angenommen.

Oesterreich und Italien. Der österreichische Thronfolger wird dem König von Italien mit Zustimmung des Papstes in Rom einen Besuch abstatten.

Perth. Nach einer Meldung aus Tadriss demoliertes nach der Beschlüsse des monarchistisch gestimmten Stadtrates demnach die Revolutionäre und der Sozialisten, darunter aus fünf reichen Mitgliedern des Monarchistenklubs, darunter aus des Verwalters der Landhäuser des Schloß. Die ganze Stadt ist nunmehr in den Händen der Revolutionäre, die neue Befestigungen anlegen, um das Eindringen der Truppen in die Stadt zu verhindern.

Morocco. Wie dem „Clarif“ aus Ugerburg gemeldet wird wurden von der dortigen Artillerieabteilung 20 000 alte Grasgewehre für 60 000 Frank an ein Wälderhaus verkauft, hat die Gewehr der marokkanischen Regierung zu verkaufen beabsichtigt. Wie die in Paris erscheinende „Revue Maroc“ mitteilt, wird in französisch-spanischer Welt betrieblen die Gewehr, von welchen die Anfertigung Mulai Dajids abhängen soll, am 19. Oktober durch die Vertreter Frankreichs und Spaniens der Signatarmächte der Algieratsatz überreicht werden.

## XII. Provinzial-Synode.

(Originalbericht.)

m. Verberung 14. Oktober 1908.

Nach heute ist das Haus wieder sehr gut besetzt. Der Vorjüngere Graf Wartenfels eröffnet die Sitzung zur 12. U. Die Tagesordnung ist heute besonders umfangreich, ein Zeichen, daß die gestrige Klärung des Vorliegenden, die Kommissionsarbeiten zu beschleunigen, auf guten Boden gefaßt ist. Die Synode hat heute die Tagesordnung abgelehnt. Der Vorsitzende macht bekannt, daß das Protokoll heute die Synoden von Bremen und Nikolai führen. Die Mitglieder der Provinzialsynode sind zu dem am 22. Oktober d. S. stattfindenden Stadtsynodien in Halle eingeladen. Die Weinung, etwa 10, werden festgenommen. Der Antrag, eine Provinzialsynode, welche in Halle stattfinden wird, von der heutigen Tagesordnung abgelehnt. Hierfür wird in die Tagesordnung selbst eingetragten.

1. Durchführung des Völkergesetzgebungsgesetzes. Berichterstatter Synode Wälder. Das Statutatorium hat eine Verfügung erlassen, die infolge der Völkergesetzgebungsgesetzes notwendige Güterverteilung der kirchlichen Interessen. Die Verfassungskommission beantragt, die allgemeine Verfügung mit Dank zur Kenntnis zu nehmen. Die Kommission hat besonders die Punkte der Verfügung verhandelt, deren Durchführung auf Schwierigkeiten führen bezw. zweifelhaft ist. Der Berichterstatter geht auf die Bestimmungen näher ein und behauptet, daß einzelne davon nicht in Einklang stehen mit den Absichten des Gesetzgebers, im übrigen aber zur Ausgleichung der vermögensrechtlichen Fragen für Schule und Kirche beitragen werden. Der Antrag der Kommission wird angenommen.

2. Entlastung der Rechnungen des Provinzialsynodal-Kollektivfonds. Berichterstatter Synode Braun. Die Rechnungen sind geprüft und es hat sich nicht zu erinnern gefunden. Die beantragte Entlastung wird erteilt.

3. Rückzahlung von Synodalbeiträgen an die Kreis-Synode Luedinburg. Berichterstatter Synode Braun. Die Kreis-Synode Luedinburg hat zwei Beiträge entrichtet und zwar in Höhe von 615,94 Mk. Aus Rückzahlungen besteht die Synode für 1906 einen Betrag von 161,70 Mk. an die Kreis-Synode zurückzufassen.

4. Aufstellung eines Waufonds. Antrag der Kreis-Synode Stolberg-Söllern. Berichterstatter Synode Dab. Der Antrag bezweckt die Aufstellung eines Fonds für die Erhaltung und Erneuerung von Kirchengebäuden. Die Kommission schlägt vor, in der Erwägung, daß ein Nutzen nicht für vorliegenden erachtet werden kann, über den Antrag zur Tagesordnung überzugeben. Dies geschieht.

5. Sicherung der Forderung der Kirchen-gemeinden bei Zwangsversteigerungen. Berichterstatter Synode Glaucha. Der Antrag bezweckt die Regelung des Verfahrens bei Zwangsversteigerungen, wo die Kirchgemeinden mit Hypothekenschriften beteiligt sind. Bei dem Gebot in dem Zwangsversteigerungsverfahren sind Immobilien zugunsten der Kirchen, die die Rechte der Kirchen in der Regel keine Genehmigung der oberen Synodebehörde eingehalten, ein Gebot also nicht gültig war. Auch die vorherige Einholung der Genehmigung von der vorgesetzten Synodebehörde ist mit Schwierigkeiten verbunden, so daß durch die jetzt eintreffende Einholung sehr oft der Zwangsversteigerungsstern bereits verfallen war. Eine gesetzliche Regelung, wie der Kommissionsantrag verlangt, ist daher dringend erforderlich. Synode Dr. Schneider-Magdeburg bietet um einstimmige Annahme des Antrages. Dies erfolgt aus.

6. Aufstellung älterer verheirateter Lehrer auf dem Lande. Berichterstatter Synode Seibemiller. Der Antrag bezweckt, daß in Zukunft nur ältere verheiratete Lehrer auf dem Lande angestellt werden sollen. Die Kommission beantragt, über den Antrag zur Tagesordnung überzugeben, da er ein-





